



Protokollauszug der 49. Sitzung

Ausschuss für Digitales

Berlin, den 15. November 2023, 16:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1
Sitzungssaal: MELH 3.101

Vorsitz: Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich - Seite 04

Bericht der Bundesregierung zu den
digitalpolitischen Plänen und Projekten
– insbesondere zu „Smart Cities“ –
des Bundesministeriums für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen
Gast im Ausschuss:
Bundesministerin Klara Geywitz

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich - Seite 04

Bericht der Bundesregierung zum
AI Safety Summit in London
vom 1./2. November 2023



Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich - Seite 04

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Europäische KI-Verordnung - Für eine engagierte
und innovationsfreundliche
Mitgestaltung Deutschlands bei der Regulierung
Künstlicher Intelligenz in Europa**

BT-Drucksache 20/7583

on

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich - Seite 14

Bericht der Bundesregierung zur Denkfabrik
Digitale Arbeitsgesellschaft im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kassautzki, Anna Klüssendorf, Tim Marvi, Parsa Mesarosch, Robin Mieves, Matthias David Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Zimmermann, Dr. Jens Zorn, Armand	Bartz, Alexander Diedenhofen, Martin Esken, Saskia Hakverdi, Metin Leiser, Kevin Müller (Chemnitz), Detlef Papendieck, Mathias Schneider, Daniel Träsnea, Ana-Maria Werner, Lena
CDU/CSU	Biadacz, Marc Brandl, Dr. Reinhard Durz, Hansjörg Hoppermann, Franziska Jarzombek, Thomas Kemmer, Ronja Reichel, Dr. Markus Santos-Wintz, Catarina dos Zippelius, Nicolas	Bär, Dorothee Hahn, Florian Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Henrichmann, Marc Metzler, Jan Müller, Florian Schön, Nadine Steiniger, Johannes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bacherle, Tobias B. Eckert, Leon Grütmacher, Sabine Khan, Misbah Rößner, Tabea	Bär, Karl Christmann, Dr. Anna Gelbhaar, Stefan Klein-Schmeink, Maria Notz, Dr. Konstantin von
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Maximilian Redder, Dr. Volker Schäffler, Frank	Föst, Daniel Höferlin, Manuel Konrad, Carina Kruse, Michael
AfD	Benkstein, Barbara Naujok, Edgar Schmidt, Eugen Storch, Beatrix von	Höchst, Nicole Janich, Steffen König, Jörn Wiehle, Wolfgang
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Dr. Petra	Pau, Petra Reichinnek, Heidi
fraktionslos	Cotar, Joana	



Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zu den digital-politischen Plänen und Projekten – insbesondere zu „Smart Cities“ – des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Gast im Ausschuss:

Bundesministerin Klara Geywitz

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zum AI Safety Summit in London vom 1./2. November 2023

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich -

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Europäische KI-Verordnung - Für eine engagierte und innovationsfreundliche Mitgestaltung Deutschlands bei der Regulierung Künstlicher Intelligenz in Europa

BT-Drucksache 20/7583

Die **Vorsitzende**: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, den wir öffentlich beraten. Das ist der Bericht der Bundesregierung zum AI Safety Summit in London vom 1. und 2. November 2023. Das ist eine Selbstbefassung, und wir diskutieren das in verbundener Debatte mit Tagesordnungspunkt 4, dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Europäische KI-Verordnung - Für eine engagierte und innovationsfreundliche Mitgestaltung Deutschlands bei der Regulierung Künstlicher Intelligenz in Europa“ auf der Bundestagsdrucksache 20/7583. Das alles ist mit Debatte und Kenntnisnahme. Wir haben Gäste im Ausschuss, die ich ganz herzlich begrüße. Neben mir ist die Parlamentarische Staatssekretärin Daniela Kluckert vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Herzlich willkommen. Daneben sitzt Benjamin Brake, Leiter der Abteilung „Digital- und Datenpolitik“. Herzlich willkommen. Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ist Dr. Anna Christmann da, die Beauftragte des BMWK für die Digitale Wirtschaft und Startups. Anwesend ist

auch Dr. Daniela Brönstrup, Leiterin der Abteilung „Digital- und Innovationspolitik“. Neben ihr sitzt Kirsten Streuer vom Referat „Künstliche Intelligenz, Datenökonomie, Blockchain“. Wir haben vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) Malte Büttner anwesend. Er ist der Leiter des Referats „Grundsatzfragen der Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, IT-Einsatz in der Länderjustiz“. Heute ist alles ein bisschen durcheinander. Deshalb vielen Dank für die Flexibilität, ein bisschen später da zu sein. Das ist heute ein besonderer Tag. Deshalb ist auch unsere Tagesordnung ein bisschen durcheinander geraten. Wir haben uns darauf verständigt, dass es ein gemeinsames Eingangsstatement von BMDV und BMWK gibt in der Länge von insgesamt fünf Minuten. Ich weiß nicht, wie Ihr das aufgeteilt habt. Dann wollen wir zwei Debattenrunden mit einer Redezeit von drei Minuten pro Fraktion machen. In dieser Debattenzeit stellt auch die Unionsfraktion ihren Antrag vor. Danach gibt es die Debatte in der folgenden Reihenfolge: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, DIE LINKE. Dann übergebe ich jetzt an Daniela Kluckert.

PSStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir hatten auf Einladung von Großbritannien am 1. und 2. November das erste AI Safety Summit. Dort war das Ziel der britischen Regierung, eine internationale Diskussion insbesondere zu besonders gravierenden Risiken im KI-Bereich hervorzurufen, beziehungsweise eine internationale Abstimmung herbeizuführen, das sogenannte Frontier AI Risk. Aber wir können am Ende sagen, dass die Diskussion deutlich breiter war. Es war ein Zweitagesgipfel. Am ersten Tag kamen die Ministerinnen und Minister für Digitales aus 28 Staaten mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Am zweiten Tag trafen sich dann in kleiner Runde die Staats- und Regierungschefs und deren Vertreterinnen und Vertreter. Auch die Digitalministerinnen und -minister kamen an diesem Tag noch einmal zusammen. Wir waren an beiden Tagen mit dem BMDV mit Dr. Volker Wissing und unserem Abteilungsleiter Benjamin Brake vertreten. Ich freue mich, dass er heute hier sein kann, da er dabei war und „von der Front“ berichten kann. Wir haben das Gipfel-Kommuniqué verabschiedet, auf das sich die teilnehmenden Staaten vorab schon



einigen konnten. Hier geht es um besonders leistungsfähige KI-Systeme und um die Identifizierung und Eindämmung von Risiken. Wir hatten hier auch einen starken Part der EU, die sich im Vorhinein als Verhandler für die EU-Staaten stark gemacht hat. Wir haben außerdem am zweiten Tag des Gipfels durch Großbritannien vorgestellt, dass wir ein Expertengremium haben werden zu diesen Themen. So ganz steht noch nicht fest, wer da alles dabei ist. Aber fest steht bereits, dass ein kanadischer Informatiker den Vorsitz übernehmen soll. Das ist Prof. Yoshua Bengio. Wir haben auch schon nominiert, und zwar Prof. Dr. Antonio Krüger vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI). Es war eine sehr gute Debatte auf dieser Tagung und wir werden im nächsten Jahr zwei Tagungen dieser Art haben, und zwar in Südkorea und Frankreich, um diese dynamische Entwicklung von KI auch weiterhin in so einem breiten Kreis diskutieren zu können auf internationalem Niveau. Zwei Dinge waren uns wichtig: Wir müssen natürlich auf der einen Seite eine Regulierung finden und auf der anderen Seite einen Regulierungswettbewerb verhindern. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns hier auf internationaler Ebene gut abstimmen, aber auch vor allem die Chancen der KI weiter im Blick behalten. Jetzt würde ich an die Kollegin abgeben.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank. Für das BMWK und auch als Vizekanzler in Vertretung des Bundeskanzlers war Robert Habeck am zweiten Tag des Summits bei den Leader-Segmenten vor Ort, in Begleitung von Daniela Brönstrup, die deswegen heute auch hier mit dabei ist. Wir können unterstreichen, dass es sehr zu begrüßen ist, dass Großbritannien diesen Prozess gestartet hat, dass jetzt auch schon angekündigt ist, dass der im nächsten Jahr weitergehen wird mit Korea und Frankreich, die angekündigt haben, den Prozess fortzusetzen. Hervorzuheben ist, dass es gelungen ist, wirklich relevante Vertreter der verschiedenen Länder zusammen zu bringen. Einerseits in einem Rahmen, in dem man gemeinsam mit Wertepartnern diskutiert, aber auch darüber hinaus, da es auch unser Anliegen sein muss, am Ende global gemeinsame Rahmenbedingungen für KI zu finden und gemeinsam zu schauen, dass wir einerseits die Chancen nutzen, aber auch die Risiken minimieren, wo das möglich ist. Hinsichtlich der Vereinbarungen, dass die Staaten ein entsprechendes Rahmenwerk bereitstellen müssen,

kann man sagen, dass wir innerhalb der EU mit dem AI Act gerade schon vorne dran sind und schon zeigen, wie eine solche Möglichkeit aussieht. Es ist aber aus unserer Sicht wichtig, dass das auch mit den anderen Staaten gemeinsam in Aussicht gestellt worden ist. Es wurden auch in der Sache interessante Debatten vor Ort geführt. Das ist noch einmal wichtig, zum Beispiel auch um solche Fragen, wie mit Open Source eigentlich umzugehen ist. Ist das etwas, was, da es transparent ist, Chancen mit sich bringt? Gibt es andererseits dadurch, dass jeder eingreifen kann, auch Risiken, die damit zusammenhängen? Man kann sagen, dass es gelungen ist, ein Format zu haben, bei dem in der Sache diskutiert worden ist, und wir werden diesen Prozess sowie die anderen internationalen Prozesse, die gerade laufen, sicherlich sehr aktiv weiter mitgestalten. Das muss auch ein Ziel sein, diese verschiedenen internationalen Prozesse, die es gerade gibt, dann auch zusammen zu bringen.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, und für die Unionsfraktion stellt Dr. Reinhard Brandl jetzt den Antrag vor, die Debattenzeit beginnt jetzt für Euch.

Abg. **Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):** Vielen Dank. Ich stelle den Antrag vor und gleichzeitig meine Fragen. Wir haben erkannt – das ist, so glaube ich, Konsens – dass wenn wir bei der KI nicht vollständig in Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern geraten wollen, wir am Ende eine Regulierung brauchen, die KI ermöglicht, die zu KI-Anwendungen incentiviert und die nicht KI-Anwendungen im Keim erstickt. Besonders sorgen wir uns im Moment um das Thema der generativen KI und der großen Modelle. Wir haben die Situation, dass 73 Prozent der Modelle im Moment in den USA sind, 15 Prozent aus China kommen und nur ganz wenige aus Europa. In der Situation kann man sich die Frage stellen, wie man diese wenigen, die aus Europa kommen, am besten reguliert. Ich finde, die Frage ist eher angemessener, wie wir ermöglichen, dass mehr Modelle in Europa aus Europa kommen und in Europa mehr stattfindet. Ich glaube, das ist auch eine langfristige Souveränitätsfrage. Wir haben deswegen einen sehr detaillierten Antrag vorgelegt, in dem wir konkrete Vorschläge gemacht haben für Verhandlungspositionen der Bundesregierung im Trilogverfahren zum AI Act. In der



Zwischenzeit hat sich die Welt aber schon wieder weitergedreht. Wir entnehmen der Presse, dass sich die Bundesregierung einer stärkeren Regulierung von sogenannten Foundation Models entgegenstemmt und sich da auch mit Frankreich zusammengetan hat. Deswegen wäre meine Frage, wo im Moment die aktuellen Konfliktlinien aus Ihrer Sicht bei den Trilogverhandlungen, bei den Foundation Models sind. Wie stellen Sie sich am Ende eine Regulierung von diesen Foundation Models vor, dass sie auch in Zukunft in Europa entwickelt und betrieben werden können? Was sind daneben noch weitere Themen, bei denen die Trilogverhandlungen im Moment noch haken? Danke.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank für die Fragen. Das sind genau die Stellen, die gerade in der Verhandlung sind, wie Sie richtig gesagt haben. Die Haltung der Bundesregierung ist sehr klar, was die Foundation Models angeht, und zwar, dass es darum geht, zwischen Anwendung und Entwicklung der Modelle zu unterscheiden. Das ist eines der Verhandlungsziele. Ein weiteres ist, bei der Entwicklung darauf zu setzen, eine Regulierung hinsichtlich der Transparenz und quasi erster allgemeiner Informationen zu erreichen. Das geht dann auch in die Richtung dessen, dass das Europaparlament dazu auch Dinge vorgeschlagen hat. Es gibt eine Einigkeit, dass es Transparenzvorschriften geben soll, aber die allgemeine Art in der Entwicklung, und die tatsächliche Anwendung dann im Kernbereich des AI Acts.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion hat Parsa Marvi das Wort.

Abg. **Parsa Marvi (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Fragen würden sich an die Bundesregierung zum AI Safety Summit richten. Ich würde die zwei Fragen zusammenfassen. Zum einen, Frau Christmann hat es schon gesagt, haben wir unterschiedliche beteiligte Staaten. USA und China haben die Deklaration unterschrieben. Wir haben dahinter auch unterschiedliche Strategien und Werteansätze im Bereich KI. Wie bewerten Sie gerade im Bereich der AI Safety eine engere Kooperation mit der Volksrepublik China? Wir haben im Summit neben den Regierungen auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, aber insbesondere auch Zivilgesellschaft gehabt. Welche Maßnahmen wurden und werden in Zukunft seitens des BMDV

und der Bundesregierung ergriffen im Rahmen der nächsten Schritte oder Vereinbarungen für den Summit, um den wichtigen Einfluss der Zivilgesellschaft gegenüber Tech-Unternehmen zu sichern und geltend zu machen beim Thema KI?

PSStSn **Daniela Kluckert (BMDV):** Es ist natürlich so, dass erst einmal Großbritannien allein die Einladung verteilt hat. Wir hatten keinen Einfluss darauf, wen Großbritannien einlädt. Nichtsdestotrotz ist es unserer Meinung nach so, dass es zu begrüßen ist, dass wir gerade bei solchen Regelungen mit allen relevanten Partnern an einem Tisch sitzen, da KI, AI, nicht nur in Europa praktiziert und erforscht wird, sondern insbesondere natürlich auch transatlantisch. G7, China – das sind alles Partner, die sehr stark im Bereich der AI sind, und dann ist es umso wichtiger, dass man mit diesen ebenfalls ins Gespräch kommt, und umso besser, wenn man sich auf gemeinsame Regeln einigen kann, die dann natürlich wertebasiert – Demokratie – und all das sein müssen. Soweit zu China. Mit der Zivilgesellschaft ist es so, dass wir sie bei allen Dingen gerade im digitalen Bereich sehr stark einbinden. Wir haben auch den Digitalbeirat und ganz unterschiedliche Art und Weisen, wie wir die Zivilgesellschaft einbinden. So werden wir das auch in diesem Bereich machen, dass wir in engem Austausch mit Wissenschaft, mit Forschung und mit der Zivilgesellschaft arbeiten.

Abg. **Parsa Marvi (SPD):** Vielleicht ganz kurz: Wie bewerten Sie die Kritik seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Deklaration, dass sie vor allem weit in der Zukunft liegende Risiken in Angriff nimmt, aber in viel zu geringem Maße die gegenwärtigen Risiken rund um KI? Haben Sie diese Kritik vernommen und wie bewerten Sie diese?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Wir haben das auch wahrgenommen, dass der Fokus jetzt auf diese sogenannte Frontier AI gelegt wurde. Da kann man einerseits sagen, dass das wichtig ist, da dort noch einmal mehr auf uns zukommt, aber in der Tat ist unsere Bewertung, dass man auch das, was schon von aktuellen KI-Modellen an Auswirkungen ausgeht, sehr genau im Blick behalten muss und das sicherlich auch Teil dieser internationalen Abstimmungen sein muss.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mache ich die erste Runde.



Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nur ganz kurz auf den Antrag eingehen, der hier auch mit beraten wird. Wir haben den sehr ausgiebig im Parlament diskutiert, und wir haben auch offen gezeigt, was wir kritisch sehen, nämlich, dass er nicht stringent ist, was die Governance-Strukturen angeht. Wenn man einerseits will, dass es eine gute Durchsetzung gibt, die einheitlich umgesetzt werden will, dann aber auf EU-Ebene keine Behörde einrichten will, dann ist das nicht stringent unserer Auffassung nach. Es sind auch viele Punkte gar nicht erwähnt. Die Frage der biometrischen Massenüberwachung oder Nachhaltigkeit als wichtiges Zukunftsthema wird überhaupt nicht adressiert, insofern ist für uns klar, dass wir diesen Antrag ablehnen. In dem Antrag wird aber auch formuliert und kritisiert, dass die Bundesregierung nicht genug Priorität beim Thema KI an den Tag legt. Wenn man sieht, welche Gremien sich damit befassen – ob das G7 ist, der Hiroshima-Prozess auf UN-Ebene, wo es das KI-Board gibt, oder jetzt der Summit –, zeigt das doch sehr deutlich, dass es viele Gremien gibt. Aber ich glaube, es ist so ein bisschen schwierig, das alles zusammenzubinden. Das wäre eine Frage. Die andere Frage bezieht sich auch noch einmal auf die Kritik der teilnehmenden Organisationen mit dem Offenen Brief hinterher. Open Source ist angesprochen worden. Wenn gleichzeitig der US-Präsident eine Verordnung kurz vorher abgibt, ist die Befürchtung groß, dass proprietäre Systeme davon profitieren und gerade die Offenheit und Sicherheit nicht gewährleistet wird. Wie wird das diskutiert im Nachgang dieses Summits?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Das ist das Interessante an dem Summit – das habe ich eben schon versucht anzudeuten –, dass es dazu tatsächlich Diskussionen vor Ort gab und dass da aber keine abschließende Erklärung zu diesem spezifischen Thema zum Beispiel stattgefunden hat, sondern das war jetzt sicherlich der Auftakt. Und – das muss man auch unterstreichen – es gibt gerade diese verschiedenen Ebenen, bei denen das gerade angesprochen wird, und es ist erst einmal gut, dass das auf diesen Ebenen thematisiert wird, aber das muss natürlich ein Stück weit zusammengebracht werden. Aber ich würde Daniela Brönstrup kurz das Wort geben, da sie bei der Open Source-Debatte mit vor Ort war.

Dr. Daniela Brönstrup (BMWK): Vielen Dank. In der Tat, es hat diesen Gipfel ausgezeichnet – das habe ich selten auf dem Level erlebt –, dass wirklich in der Sache intensiv diskutiert wurde, gerade auch mit Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft. Gerade Vizekanzler Habeck hatte das Thema Open Source angesprochen, da es ein zweischneidiges Schwert ist. Einerseits bietet es die Offenheit, und auf der anderen Seite kann es damit aber auch ein Einfallstor sein auf der Sicherheitsseite. In der Tat wurde es auch von den Wissenschaftlern sehr kontrovers vor Ort diskutiert. Insofern ist das ein Thema, was im Nachgang gerade auch hinsichtlich des Wissenschaftlerboards, was noch einmal zusammengesetzt wird, dann bearbeitet werden wird.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat Maximilian Mordhorst das Wort.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es konnte sich am Ende nur auf einen Minimalkonsens geeinigt werden. Im Abschlusskommunique geht es um das Verständnis potenzieller Risiken und die Maßnahmen zum Umgang damit. Wie intensiv wurde eigentlich über die Chancen von AI gesprochen und inwieweit es unsere Abläufe und Prozesse verbessern kann?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Genau das ist etwas, was Dr. Volker Wissing auch besonders wichtig war: Die Chancen von AI zu betonen. Künstliche Intelligenz wird alles aus unserer Volkswirtschaft heraus verändern, das miteinander, aber auch das Wirtschaften, und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich würde Benjamin Brake das Wort geben, der bei diesem Punkt auch dabei war.

Benjamin Brake (BMDV): Ja, vielen Dank. Ich hatte die Ehre, Volker Wissing am zweiten Tag vertreten zu dürfen. Wir haben im Vorfeld sehr stark darauf hingearbeitet, dass gerade dieser Aspekt des Chancenfokus auch noch einmal eine Rolle bekommt. Denn es ist in der Tat so, dass sich sehr stark auf Risiken fokussiert wurde, auch auf Risiken, die gegebenenfalls noch deutlich stärker in der Zukunft liegen. Es ist dann tatsächlich passiert, dass am zweiten Tag unter dem Fachministertrack auch eine Session stattgefunden hat zu den Chancen, wo wir insbesondere die Chancen im Bereich der Gesundheit betont haben. Aber die



Beobachtung ist nicht ganz falsch, dass der wesentliche Fokus dieses Gipfels auf den Risiken lag.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Ich will noch einmal ergänzen, dass das auch bei dem Leaders-Teil am zweiten Tag noch einmal explizit Thema war, für diese Leaders-Summary, das es am Ende gab, und sich auch Robert Habeck in genau der gleichen Weise eingesetzt hat, dass direkt am Anfang die Chancen erwähnt werden. Das ist insgesamt eine klare Linie der Bundesregierung, dass wir immer sowohl auf die Chancen hinweisen wollen als natürlich die Risiken gemeinsam besprechen.

Abg. **Maximilian Mordhorst (FDP):** Sehr schön, wie klar und einhellig die Bundesregierung in dieser Frage ist. Beeinflussen die Ergebnisse des Summits in irgendeiner Weise die Verhandlungen zum AI Act?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Ich glaube, es ist eher andersherum, dass man sagen kann, dass der AI Act gezeigt hat, dass diese Diskussionen zu führen sind und die Leute nach Europa schauen. Das zeigt, dass wir einen Prozess, der jetzt auch in anderen Ländern als notwendig erachtet wird, bereits führen. Insofern gibt es da sicherlich Interaktionen, und sicherlich fließen auch die qualitativen Diskussionen, die da geführt wurden – wir haben es gerade gehört – immer in die Erwägungen ein. Aber insgesamt kann man eher sagen, dass Europa sicherlich eine Vorreiterrolle gehabt hat, dass diese Debatten jetzt auch international stattfinden.

Abg. **Maximilian Mordhorst (FDP):** Gut, vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Für die AfD-Fraktion hat Frau Benkstein das Wort.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Eine erste Frage: Liegen der Bundesregierung mehr Informationen zu den in UK und den USA geplanten AI Safety-Institutes vor, und wenn ja, welche? Plant die Bundesregierung gegebenenfalls die Gründung einer vergleichbaren Einrichtung beziehungsweise welche bereits existierende Einrichtung könnte denn ähnliche Funktionen schon wahrnehmen?

PStSn **Daniela Kluckert (BMDV):** Nein, da liegt uns nichts vor und Derartiges ist auch nicht geplant.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Okay, vielen Dank. Dann eine weitere Frage: Teilt die Bundesregierung die Meinung von EU-Kommissarin Vestager, dass die Regulierung des europäischen AI Acts zu spät komme? Wenn ja, wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Trilogverhandlungen für eine Verkürzung der Übergangsfrist einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Im Moment ist aus Sicht der Bundesregierung vor allem entscheidend, dass die Verhandlungen abgeschlossen werden und es dann einen AI Act gibt, der verabschiedet ist und der verlässliche Rahmenbedingungen für die Akteure in Europa bietet. Es ist keine gute Situation, dass es eine unklare Ausgangslage gibt, sondern wir brauchen eine Sicherheit, wie in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen in Europa sein werden. Deswegen ist hier vor allem die Priorität, dass die Verhandlungen zum Abschluss gebracht werden und dann ein AI Act verlässlich vorliegt.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den in Verhandlungen befindlichen AI Act wirtschaftsfreundlicher auszugestalten, angesichts der Konferenzaussage von Herrn Bundesminister Wissing, dass ein Wettbewerb um die schärfste Regulierung nicht stattfinden dürfe, da dieser zu massiven wirtschaftlichen Nachteilen führen würde?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Ich kann nur insgesamt noch einmal betonen, dass unser Anliegen ist, mit dem AI Act insgesamt gute Rahmenbedingungen gerade auch für europäische Unternehmen zur Entwicklung von KI in Europa zu schaffen. Deswegen haben wir uns schon in der gesamten Zeit der Verhandlungen für Sandboxes zum Beispiel eingesetzt – Entwicklungsmöglichkeiten sind bei den genannten General Purpose-Modellen jetzt dabei – und auch zu schauen, dass es in der Entwicklung viele Möglichkeiten weiterhin in Europa gibt, dies hier zu tun. Insofern hat der AI Act neben der Sicherung gegen gewisse grundsätzliche Risiken – die natürlich auch ein Teil sind –, vor allem auch die Aufgabe, ein gutes Umfeld für Unternehmen im Bereich KI in Europa zu schaffen.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank, ich habe keine weiteren Fragen.



Die **Vorsitzende**: Für DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Anfangs kurz zum Antrag der Union: Der ist für uns aus verschiedenen Gründen nicht zustimmungsfähig. Unter anderem, da Anforderungen an Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie die Anforderungen an die Risikobewertung reduziert werden sollen. Außerdem sollen Daten- und Grundrechtsschutz aufgeweicht werden, zum Beispiel sollen ausgerechnet Stellenanzeigen-systeme aus der Hochrisikobewertung herausfallen, dabei gibt es da sogar in der Praxis schon jetzt festgestellte Diskriminierungsrisiken – das geht so also nicht. Zum Kontext der KI-Verordnung habe ich noch ein paar Fragen an die Bundesregierung. Dr. Anna Christmann, in der letzten Sitzungswoche gab es die Auskunft, biometrische Erkennung in Echtzeit soll ausgeschlossen werden, die retrograde sei aber noch in Abstimmung. In einer Stellungnahme hat die Bundesregierung selbst die retrograde Erkennung mehr oder weniger eingefordert, also mehr als weniger. Auch wenn die Abstimmung in der EU noch läuft, was ist denn die aktuelle Verhandlungsposition der Bundesregierung dazu? Ich möchte eine klare Aussage – und vor allem: Was genau bedeutet retrograd? Wann fängt das an? Echtzeit ist genau jetzt, in einer halben Minute später ist dann schon retrograd, oder?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Die Verhandlungsposition ist genau die gerade dargestellte in der Unterscheidung zwischen Echtzeit und retrograd. Ich weiß nicht, ob es noch detailliertere Ergänzungen dazu gibt...

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Was ist retrograd? Bitte präzise beschreiben, was gemeint ist, wenn Sie sagen, retrograde Erkennung ist in Ordnung. Heißt das: eine Minute später, eine halbe Stunde später, am Tag danach?

Malte Büttner (BMJ): Die Position wurde schon dargestellt, dass wir uns dafür einsetzen, dass das in Echtzeit verboten wird. Bei retrograd handelt es sich um Ermittlungsmaßnahmen in einem Einzelfall. Das heißt, es ist ein ganz anderer Ansatz als bei der Echtzeitregulierung, und die Anknüpfungsbegriffe, die dafür gefunden werden, sind eben Echtzeit und retrograd, wobei der Begriff retrograd auch nicht unbedingt erscheinen müsste in

der Verordnung. Es ist dann nicht mehr Echtzeit, wenn der Aufzeichnungsvorgang abgeschlossen ist.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Der ist eine Sekunde danach abgeschlossen.

Malte Büttner (BMJ): Nein, der ist nicht abgeschlossen, sondern das ist eine Aufzeichnung, die ist irgendwann abgeschlossen, und die ist nicht in jedem einzelnen Bild abgeschlossen, sondern das ist ein anderer Vorgang, der dann beginnt. Wichtig ist aber, dass es eine ganz andere staatliche Handlung ist, sobald man sich retrograd mit einem Fall beschäftigt. Das wird dann noch herauszuarbeiten sein, aber es ist eine andere Frage, ob ich in Echtzeit Personen identifiziere und damit eine riesige Menge von Personen identifiziere oder ob ich retrograd, also mit einer konkreten Fragestellung, eine bestimmte Person erkennen will.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich schaue ein bisschen nervös auf die Zeit. Wenn man zu einer Videovorratsdatenspeicherung kommt, nur, damit man dann im Einzelfall irgendwann sämtliche Demonstranten nachträglich analysieren kann, um den einen zu finden, den man plötzlich finden möchte, ist das ein Problem, weshalb auch über 30 NGOs einen Offenen Brief geschrieben haben. Teilen Sie die Befürchtungen dieser NGOs nicht?

Malte Büttner (BMJ): Selbstverständlich teilen wir die Befürchtungen dieser NGOs und wir haben uns ja auch gegen eine solche flächendeckende Überwachung ausgesprochen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Die haben eine retrograde Erkennung bemängelt.

Die **Vorsitzende**: Die Zeit ist um. Wir sind in Verzug. Deshalb bitte ich, auf die zweite Runde zu verweisen, und Frau Cotar hat jetzt eineinhalb Minuten.

Abg. **Joana Cotar** (fraktionslos): Vielen Dank. Der Name Yoshua Bengio ist schon gefallen. Mit dem möchte auch die Bundesregierung im Expertengremium zusammenarbeiten. Jetzt hat sich dieser Yoshua Bengio gemeldet mit Bedenken, dass Deutschland, Frankreich und andere EU-Staaten im Europäischen Rat die Verhandlungen zum AI Act torpedieren wollen, gerade was die Regulierung von Allzweck-KI angeht. Er begründet das damit, dass wir nationale Champions stützen



wollen, wie zum Beispiel bei uns Aleph Alpha. Können Sie zu diesen Vorwürfen etwas sagen? Ist da etwas dran?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Wir sind sehr aktiv in den Verhandlungen, wie jetzt mehrfach dargestellt, und versuchen, diese voranzutreiben. Wir haben – wie gerade schon erwähnt – das Interesse, die möglichst schnell abzuschließen, damit eine verlässliche Regulierung vorliegt. Wir haben das Interesse, dass beste Bedingungen vor allem für die Akteure, die in Europa sind und aktiv hier KI-Modelle entwickeln, vorhanden sind. Insofern ist das die Position der Bundesregierung und keine andere.

Abg. **Joana Cotar** (fraktionslos): War das denn Thema bei dem Summit? Haben Sie das mit Herrn Bengio besprochen, da Sie die Zusammenarbeit beschlossen haben?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Ich habe den Namen nicht verstanden.

Abg. **Joana Cotar** (fraktionslos): Yoshua Bengio. Das ist der Vorsitzende des Expertengremiums.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Mit dem wurde sich natürlich ausgetauscht. Vielleicht kann Daniela Brönstrup dazu noch etwas sagen, da sie vor Ort mit dabei war.

Dr. Daniela Brönstrup (BMWK): Ich habe mit Prof. Bengio tatsächlich ein bilaterales Gespräch geführt und darüber hinaus war er auch Teil der Wissenschaftler, die am Leaders Summit teilgenommen haben. Insofern gab es einen Austausch.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die Zeit ist um, wir kommen in die zweite Runde, und für die SPD-Fraktion hat Armand Zorn das Wort.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Für das Protokoll will ich noch angeben, dass wir den Antrag der Union ablehnen. Er geht nicht weit genug und unser Ansatz ist es jetzt, in den Trilogverhandlungen über die Bundesregierung zu versuchen, so gut wie es geht Einfluss zu nehmen und dafür zu sorgen, dass wir auch eine gute und praxisnahe Regulierung hinbekommen. Ich hatte eigentlich ganz andere Fragen vorbereitet, aber ich muss gestehen, ich bin stutzig geworden bei der Frage zu der Unterscheidung zwischen retrograd und Echtzeit. Deswegen, wenn

ich darf, würde ich meine erste Frage an Sie richten. Wie können wir eine klare Abgrenzung, auch juristisch, zwischen Retrograd- und Echtzeitbiometrie hinbekommen?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Ich will das noch einmal ein bisschen allgemeiner darstellen, was wir gerade noch im Detail aus der juristischen Perspektive gehört haben. Der entscheidende Unterschied, den wir auch sehr klar so unterscheiden wollen – auch mit der klaren Haltung des Verbots von Echtzeitüberwachung – ist, dass anlasslose Massenüberwachung stattfindet. Der Begriff retrograd, der in diese Zeitdimensionsfrage hineingeht, macht aber vor allem deutlich, dass es dann den konkreten Anlass einer bestimmten Strafverfolgung, eines bestimmten Themas für den Staat, geben muss, um überhaupt in eine Analyse mit KI hineinzugehen. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen Allzeitüberwachung und einem ganz konkreten Anlass, ein bestimmtes Videomaterial auszuwerten.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Das ist schon einmal sehr hilfreich. Ich würde aber fragen, ob es weitere Kriterien dazu gibt. Anlass wäre definitiv ein Kriterium. Sollte es eine technische Unterscheidung zwischen den zwei verschiedenen Instrumenten geben? Ist ein richterlicher Beschluss oder eine richterliche Anordnung vorgesehen?

Malte Büttner (BMJ): Wir setzen uns, wie gesagt, für ein Verbot der Echtzeitidentifizierung ein, und es wird auch Erwägungsgründe geben in der Verordnung, die noch ein bisschen genauer darstellen, was mit Echtzeit gemeint ist. Eine Anwendung, die jedenfalls praktisch, wie es angedacht war, jedes einzelne Bild als abgeschlossene Aufnahme ansieht, um dann wiederum alle Personen, die darauf sind, zu identifizieren, wäre natürlich eine Echtzeitidentifizierung. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Der Begriff ist selbstverständlich nicht optimal. Das ist völlig klar, aber wir geben uns sehr viel Mühe, in den Erwägungsgründen zu schildern, was hier in der Sache gemeint ist und sind auch zuversichtlich, dass das geht.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Sie haben meine Frage leider nicht beantwortet. Meine Frage war ausdrücklich, ob es neben einem Anlassbezug auch einen richterlichen Beschluss bräuchte, und ob es eine technische Unterscheidung gäbe, um dafür



zu sorgen, dass es auch eine scharfe Trennung gibt zwischen Echtzeit und retrograd.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Es ist definitiv das Anliegen, eine klare Unterscheidung dieser zwei verschiedenen Dinge zu machen. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland hier ein sehr engagiertes Land ist, überhaupt diese klare Unterscheidung zu machen, und dass wir da natürlich auch in einer europäischen Verhandlungslage sind, in der wir sehr klar für dieses Verbot der Echtzeiterkennung eintreten.

Die **Vorsitzende:** Wir haben viel Zeitverzug, für die Unionsfraktion hat Catarina dos Santos-Wintz das Wort.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz (CDU/CSU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne anknüpfen an das Thema „Chancen-KI“, und da ganz konkret, ob sich die Bundesregierung bei der konkreten Konferenz abseits des Themas „Chancen-KI“ noch mehr gewünscht hätte. Gab es Punkte, wo Sie inhaltlich unzufrieden waren im Endeffekt bei der Behandlung auf der Konferenz?

PStSn **Daniela Kluckert (BMDV):** Wie gesagt, das Thema Chancen haben wir klar nach außen kommuniziert, ansonsten finden wir es erst einmal sehr gut, dass Großbritannien diesen Schritt gemacht und zu so einer Konferenz eingeladen hat und dass wir jetzt in einen Prozess kommen. Wir hatten selbst als Deutschland insbesondere den Hiroshima-Prozess angestoßen auf G7-Ebene und denken, dass es sehr wichtig ist, dass wir mit unseren Partnern auf den unterschiedlichsten Ebenen zusammenkommen und dieses Thema diskutieren, da es eben ein internationales Thema ist. Deswegen: klar, mehr Chancen. Aber insbesondere die Gespräche sind sehr gut. Der Kollege Brake wollte gerne noch etwas sagen.

Benjamin Brake (BMDV): Abseits der Gipfelagenda, die die Briten dort verfolgt haben, war besonders wertvoll, dass gerade am ersten Tag alle Fachminister tatsächlich auch vor Ort waren, und die zahlreichen bilateralen Gespräche, die wir dort führen konnten – gerade noch einmal zum Code of Conduct, der am Tag vorher veröffentlicht worden ist.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz (CDU/CSU):** Vielen Dank, wir haben schon viel von den vielen

parallelen Foren und Ebenen gehört, auf denen diskutiert wird, wie das Trade and Technology Council (TTC) und G7 – können Sie einmal kurz sagen, welches Ressort jeweils federführend ist und ob es unterschiedliche Prioritäten gibt bei den unterschiedlichen Gremien, in denen Sie zu AI sprechen?

Benjamin Brake (BMDV): Die Bundesregierung spricht mit einer Stimme, was die KI-Regulierung angeht, und wir haben eine klare Aufgabenverteilung. Für die KI-Verordnung sitzen hier die Federführer – das BMWK und das BMJ –, die G7- und G20-Prozesse, insbesondere der G7-Prozess, wo das Thema KI momentan diskutiert wird, wird durch das BMDV betreut. Das sind – ohne jetzt einer Antwort vorweggreifen zu wollen – sicherlich auch die zentralen Foren, wo wir über KI-Regulierung sprechen.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz (CDU/CSU):** Vielen Dank. Ich hatte akustisch nicht ganz gehört, ob die Frage zu China davon abgedeckt ist. China hatte beispielsweise die Sicherheitsfragen-erklärung nicht unterzeichnet, und ich hatte angenommen, dass es auch keine Auskunft gab, warum das nicht passiert ist. Wie hat denn die Bundesregierung China auf diesem Summit wahrgenommen? Kurzer Hintergrund: Es gab diese Bletchley-Deklaration am zweiten Tag, aber auch noch eine Erklärung zu Sicherheitsfragen, die China wohl nicht unterzeichnet hat, so der Stand. Können Sie dazu mehr sagen?

PStSn **Daniela Kluckert (BMDV):** Wir hatten keine bilateralen Gespräche mit China oder Vertretern aus China.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Tobias Bacherle das Wort.

Abg. **Tobias Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen herzlichen Dank. Ich würde gerne noch einmal ein bisschen die Einordnung von Ihnen hören. Sie haben angesprochen: Es gab den G7-Prozess, es gibt auch das IGF, und jetzt hat Großbritannien noch eine Party aufgemacht. Können Sie sagen, welche Funktionen Sie in diesen vielen Summits et cetera in der Zukunft sehen – und vor allem auch das Expertengremium Frontiers on AI Risks im Verhältnis zum High Level Advisory Body on AI. Auch herzlichen Glückwunsch zur Berufung an dieser Stelle. Wie



sieht da das Verhältnis in Ihrer Vorstellung in Zukunft aus?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank. Ich glaube, es ist erst einmal ein positives Zeichen, dass sich so viele Gremien damit beschäftigen. Es zeigt nämlich, dass wirklich weltweit angekommen ist, dass Künstliche Intelligenz einfach ein grundsätzlicher Game Changer für das ist, wie unsere Welt in vielen Bereichen funktioniert, und dass es eine gemeinsame Verantwortung in der Welt dafür gibt, einen guten Umgang mit dieser Technologie zu finden, der die Chancen nutzt, aber auch die Risiken klar benennt und die notwendigen Maßnahmen dann gemeinsam trifft. Ich glaube, dass es sich in der Situation, in der das an vielen Stellen stattfindet, im Moment noch sehr gut ergänzt. Auch, dass es jetzt eine Folgeveranstaltung geben soll, beim Safety Summit mit Korea und Frankreich. Wir werden da aber sicherlich in eine Phase kommen müssen, wo es dann auch konkreter wird. Das war jetzt ein Auftakt, wo man sich allgemein austauscht, aber dann werden sicherlich konkretere Ergebnisse vorbereitet werden müssen. Der Vorteil der Vereinten Nationen ist sicherlich, dass dort mehr oder weniger alle Länder am Tisch sitzen, die noch einmal eine besondere Bedeutung haben, und dort auch zu klären sein wird, inwiefern es einen weltweiten Prozess auf Dauer geben könnte, der sich mit KI beschäftigt. Das ist sicherlich die Rolle, die die Vereinten Nationen gerade einnehmen. Das ist ein Prozess, der gerade anfängt. Insofern wird sicherlich noch zu sehen sein, wie sich das Ganze ergänzt. Aber erst einmal würden wir es positiv bewerten, dass es weltweit auf dieser Führungsebene angekommen ist.

Abg. **Tobias Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist leider immer ein bisschen risk focused. Vielleicht noch die Frage: Mit welchen Schwerpunkten sind Sie in die Verhandlungen zum Abschlusskommuniqué gegangen? Wenn es keine Bilaterals mit China gab, wie war denn in dem Rahmen im Abschlusskommuniqué die Zusammenarbeit? Oder gab es Auffälligkeiten, gerade mit China, mit KSA, also Saudi-Arabien oder auch Brasilien?

PStSn **Daniela Kluckert (BMDV):** Es war so, das hatte ich auch in meinem Eingangsstatement gesagt, dass die EU für uns eine Vermittlerrolle ein-

genommen hatte. Es war so, dass die EU die europäischen Positionen gesammelt und dann mit den anderen Ländern verhandelt hat. Das heißt, wir haben keine direkten Verhandlungen mit den von Ihnen angesprochenen Ländern geführt, sondern das lief über die EU.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die FDP hat Maximilian Mordhorst das Wort.

Abg. **Maximilian Mordhorst (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe keine großen Fragen mehr, sondern beziehe mich auf den Antrag der Union, der aus meiner Sicht an vielen Punkten wichtige Dinge anspricht. Es ist sehr gut, dass Sie darauf hinweisen, dass erstens, KI eine große Bedeutung für Deutschland und Europa hat, und zweitens, dass wir darauf achten müssen, nicht abgehängt zu werden in diesen Bereichen. Das unterstütze ich durchaus. Mich hätte auf jeden Fall gefreut, wenn Sie anerkannt hätten, dass das Thema KI nicht erst seit Bestehen der Ampel relevant ist, sondern auch schon vorher. Nach meiner Kenntnis hat die ein oder andere Farbe, die auch zu Ihnen passt, in Deutschland mitregiert, und man hätte entsprechend auch schon früher die Weichen gut stellen können. Ich glaube, wir sind da auf einem gar nicht so schlechten Weg, wenn ich mir anschau, wie sich die Bundesregierung bei den europäischen Verhandlungen zum AI Act einsetzt. Ich glaube, da sind genau die richtigen Maßgaben mit der Mischung aus Wirtschaftlichkeit und Bürgerrechten vorhanden. Ich erinnere an den Code of Conduct, den Volker Wissing mit vorangetrieben hat. Ich glaube, da haben wir gute Maßgaben gesetzt und spielen endlich international eine wichtige Rolle. Das will ich Ihrem Antrag auch gar nicht absprechen. Das sind, glaube ich, alles Dinge, die Sie unterstützen. Was aus meiner Sicht eine große Scheidelinie zwischen uns ist, da unterscheiden wir uns schlicht und ergreifend, ist das Thema Bürgerrechte, das in Ihrem Antrag wieder viel zu kurz kommt. Wir dürfen beim Thema KI nicht das Thema der Bürgerrechte vergessen. Wir hatten gerade eine Diskussion über biometrische Gesichtserkennung. Es gibt viele Themen, insbesondere beim staatlichen, aber auch beim Einsatz von KI in großen Konzernen, wo wir unbedingt die Bürgerrechte mitdenken müssen. Wenn Sie zum Beispiel davon sprechen, dass die KI stärker mit personenbezogenen Daten gefüttert werden muss, was an einigen Stellen richtig sein



kann, was ohne Maßgaben aber völlig ausufernd ist, dann ist es aus meiner Sicht die falsche Maßgabe, um einen vernünftigen Antrag zu KI zu beschließen. Alles in allem: Für den Deutschen Bundestag ist dieser Entschließungsantrag nicht zustimmungsfähig aus meiner Sicht, und entsprechend wird die Mehrheit, also die Ampelkoalition, dem auch nicht zustimmen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion Frau Benkstein.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Ich äußere mich auch erst einmal kurz zum Antrag. Wir sehen da auch viele Parallelen und vernünftige Forderungen, denen wir uns anschließen, zum Beispiel die Forderung, dass in Brüssel nicht noch mehr Bürokratie aufgebaut werden soll, und auch das Kriterium Umwelt für Risikoklassifikation kann gerne gestrichen werden. Warum wir uns enthalten: Viele Forderungen sind abstrakt, wenig konkret, schwierig und in der letzten Bedeutung und Wirkung schon abschätzbar. Deswegen wird sich die AfD-Fraktion enthalten. Dann habe ich nur noch eine Frage zum AI Summit: Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig ein eigenes Konferenzformat in Deutschland auszurichten, um das selbstgesteckte Ziel „KI made in Germany“ an die Weltspitze zu bringen, zu erreichen, und wird es da gegebenenfalls auch Veranstaltungsformate mit Fokus auf Open Source geben? Das Thema Open Source wurde beim AI-Summit, wie Sie berichtet haben, besonders intensiv diskutiert.

PStSn **Daniela Kluckert**: Ja, es ist natürlich auf internationaler Ebene so, dass jeder auch einmal einen Beitrag leisten muss in Bezug auf Konferenzen, und das sind Themen, die uns bewegen. Deswegen kann man sich das in der Zukunft immer vorstellen. Bisher ist nichts geplant. Südkorea und Frankreich werden die Veranstaltung im kommenden Jahr ausrichten, und Deutschland ist ein toller Kongressstandort. Wir haben viel zu bieten. Insofern kann man sich durchaus vorstellen, dass hier in der Zukunft Deutschland seinen Beitrag auch dahingehend leisten wird. Aber es ist derzeit nichts konkret in der Planung. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für DIE LINKE. hat Anke Domscheit-Berg das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich muss noch einmal auf das Thema der retrograden Erkennung zurückkommen, denn das

wird anders beschrieben als die 30 NGOs und ich das meinen. Mit Echtzeit ist nicht gemeint, dass alle Menschen immer von jeder intelligenten Kamera identifiziert werden, mit so einem kleinen Label über dem Kopf und dem Namen darauf. Retrograd kann insofern auch einfach heißen, dass ich überall Kameras habe, die Dinge aufzeichnen. Ich habe eine Videovorratsdatenspeicherung von jeder Demo, jedem Marktplatz, jedem Warenhof und dann setzt sich am nächsten Tag der Polizeibeamte in beliebigen europäischen Ländern hin und lässt seine Straftäter-Datenbank herüberlaufen. Das ist anlassbezogen, denn man sucht hier ganz bestimmte Straftäter. Die sind dann quasi nirgendwo mehr sicher. Da kann man sagen, das ist egal, es ist doch toll, wenn man die alle findet. Es heißt aber für alle anderen Menschen, die gar nichts getan haben auch, dass sie jederzeit irgendwo in Datenbanken drin sind. Es heißt, dass es mehr Kameras geben wird, mehr Speicherung, wie gesagt, eine Videovorratsdatenspeicherung. Das wird zu einem Chilling-Effekt führen und entspricht auch nicht dem, was mit einer Überwachungsgesamtrechnung (ÜGR) verhindert werden soll. Da ist mir viel zu wenig Bewusstsein dafür. Im Übrigen gibt es die ÜGR immer noch nicht, und die würde so etwas wahrscheinlich auch nicht tolerieren, und ein Verfassungsgericht auch nicht. Das wird mir zu leicht herausgeredet. Wie wird im AI Act verhindert, dass das Szenario, das ich beschrieben habe, eintritt?

Malte Büttner (BMJ): Hundertprozentig können wir das in dem AI Act natürlich nicht verhindern.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Wollen Sie das überhaupt?

Malte Büttner (BMJ): Ich wollte kurz sagen, warum nicht. Was Sie beschreiben, hat auch viel mit der Videoüberwachung zu tun. Die wird hier nicht geregelt. Inwiefern die Mitgliedstaaten Videoüberwachung für zulässig halten, ist kein Gegenstand des AI Acts. Was wir hier nur klar machen wollen, ist, dass diese Identifizierung zur Echtzeit, die schon das krasseste Szenario ist, ausgeschlossen ist.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich spreche von retrograder Erkennung.

Malte Büttner (BMJ): Sicherlich gibt es viele Möglichkeiten, das theoretisch zu umgehen. Da müs-



sen wir uns aber bei solchen Begriffen darauf verlassen, dass die Rechtsprechung das klärt. Aus unserer Sicht ist das ganz klar. Was das Retrograde angeht, das würden wir auch in Deutschland national so regeln, dass es je nach Schwere des Eingriffs selbstverständlich einen Richtervorbehalt gibt, wie bei anderen Ermittlungsmaßnahmen auch. Das ist völlig klar. Aber das ist dann auch kein Gegenstand dieser KI-Verordnung mehr, sondern was hier verhindert werden soll, ist diese Live-Identifizierung. Das ist das Ziel. Das ist auch schon schwer genug.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Mir reicht es nicht. Vielleicht noch eine Frage: Hält die Bundesregierung angesichts der Zustimmung zu den in der Erklärung vom AI-Summit beschriebenen Risiken daran fest, dass Hochrisiko-KI-Systeme nicht vor Inverkehrbringen durch externe Dritte auf Sicherheit geprüft werden sollen? Falls nein, warum nicht?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Daran wird weiter festgehalten. Das ist das Grundprinzip beim AI Act. Wir sehen da derzeit keinen Änderungsbedarf.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir kommen zum Ende unserer Debattenrunde und zur Abstimmung des Antrags der Unionsfraktion, Bundestagsdrucksache 20/7583.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf BT-Drucksache 20/7583.

Die **Vorsitzende**: Wir danken ganz herzlich fürs Kommen und für die Auskunft und wünschen noch einen schönen Abend. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zur Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Die **Vorsitzende**: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5, der auch öffentlich beraten wird, zur Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Das ist eine Selbstbefassung mit Debatte

und Kenntnisnahme. Wir haben als Gast im Ausschuss vom BMAS Ana Dujić, Leiterin der Abteilung „Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft“. Zudem sind Stephanie Koenen vom Team D 1 „Analysen“ und André von Horn vom Team D 2 „Politikgestaltung“ da. Wir hatten ursprünglich ein fünfminütiges Eingangsstatement und eine fünfminütige Debattenrunde geplant. Wir verkürzen das auf ein Eingangsstatement von vier Minuten. Danke für die Flexibilität und herzlich willkommen. Wir machen dann eine Debattenrunde à drei Minuten pro Fraktion, und ich übergebe Ihnen das Wort.

Ana Dujić (BMAS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für die Einladung. Angesichts der vier Minuten starte ich direkt mit den Themen. Wie wir eben auch von unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem BMDV gehört haben, fokussieren sich in verschiedenen Ressorts im Moment die Aktivitäten auf die Frage einerseits der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft im Rahmen KI, andererseits – und das ist dann unser Anteil in diesem Themenfeld – darauf, wie wir die Betriebe, die Beschäftigten, die Mitbestimmungsstrukturen, aber auch unsere Verwaltung und insbesondere auch die Zivilgesellschaft befähigen können, mit der Technologie umzugehen, sie einzusetzen, aber auch mit ihr in den Wechselwirkungen zu arbeiten, die sich auch aus den anderen Rechtsakten ergeben, die in jüngster Vergangenheit verhandelt wurden. Zu der Frage der Befähigung von Beschäftigten und Betrieben konzentriert sich das BMAS im Moment einerseits auf die Analyse zu der Frage, welche genauen Fähigkeiten brauchen wir kurz-, mittel- und langfristig, um diese Technologie in der Breite unserer diversifizierten Volkswirtschaft einsetzen zu können. Wir haben seit dem 12. September bundesweit ein Programm am Laufen, das nennt sich KI-Studios. Das bietet Unternehmen an, entweder in mobilen Studios in München oder Stuttgart oder in einem KI-Mobil, das die Betriebe besucht, die konkreten Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen an die Technologie heranzuführen. Dieses Programm erfreut sich aktuell schon sehr großer Resonanz. Unser zweiter großer Fokus liegt auf der Frage des Arbeitnehmerschutzes in dieser digitalen Transformation. Wir haben hier schon bei anderer Gelegenheit vorgetragen, dass wir gemeinsam demnächst mit dem Bundesinnenministerium (BMI) ein Beschäftigendatengesetz



vorlegen werden, denn so wie die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ressorts vorgetragen haben, setzt die Bundesregierung sich für eine ambitionierte Datennutzung ein. Wir wollen mehr Daten, bessere Daten. Wir wollen, dass mehr Betriebe, insbesondere der Mittelstand, mit Daten arbeiten. Umgekehrt setzt das aber jedoch auch voraus, dass Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten angemessen geschützt werden. Genau diesen Punkt wird das Beschäftigtendatengesetz adressieren. Darüber hinaus bringen wir uns auch in die laufenden Verhandlungen zu der KI-Verordnung intensiv ein, um arbeitnehmerrelevante Aspekte abzusichern. Der dritte Bereich, wohin ich auch die Aufmerksamkeit dieses Gremiums lenken möchte, ist die Befähigung der Zivilgesellschaft. Wir haben gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) schon vor zwei Jahren eine Initiative ins Leben gerufen, die nennt sich Civic Coding. Es geht konkret um die Förderung der KI-Fähigkeiten in der Zivilgesellschaft. Wir werden nächste Woche am Rande des Digitalgipfels auch erstmals ein Matching ausprobieren zwischen Initiativen der Zivilgesellschaft und Kommunen sowie Unternehmen, um zu schauen, wie die Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, ganz konkrete Lösungen zu Fragen zu entwickeln, die sich gesamtgesellschaftlich stellen. Es müsste dem Sekretariat dieses Ausschusses auch Informationsmaterial zugegangen sein. Das ist eine öffentliche Veranstaltung nächste Woche. Sie sind alle sehr herzlich eingeladen, Interessierte aus Ihren Kreisen auch hierzu einzuladen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank für den Bericht und die Einladung, und wir kommen in die Debattenrunde. Armand Zorn hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank für den Besuch. Vielleicht darf ich mit der ersten Frage anfangen. Dieser Tage geht keine Diskussion zu Ende, ohne das Thema generative KI zu erwähnen. Wie setzt sich die Denkfabrik beziehungsweise das KI-Observatorium mit dem Thema generative KI auseinander?

Ana Dujić (BMAS): Vielen Dank für die Frage. Wir untersuchen die generative KI im Moment aus

drei verschiedenen Blickwinkeln. Der erste Fokus ist ein analytischer. Wir schauen uns sehr genau an – auch im Rahmen verschiedener Forschungsprogramme –, welche Rückschlüsse wir jetzt schon antizipieren müssen für die Frage der Produktivitätsentwicklung, sozusagen arbeitsmarktpolitisch. Wir schauen uns sehr genau das Fachkräftethema an, das heißt, welche konkreten Einzelaktivitäten, unter Umständen auch ganze Berufsbilder, werden extremen Veränderungen unterliegen, ausgelöst durch generative KI? Was heißt das für die Fähigkeiten unserer Arbeitsgesellschaft kurz- und mittelfristig? Der zweite Fokus, den wir im Kontext der generativen KI legen, ist wie dargestellt die Frage der Befähigung. Wir versuchen sehr konkret, auch im Austausch mit den Sozialpartnern zu identifizieren, wer Unterstützungsangebote benötigt, insbesondere Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU), da wir auch heute schon wissen, dass unter 15 Prozent der KMU überhaupt KI einsetzen – so ganz grob. Der dritte Fokus richtet sich auf die Frage: Wie geht denn die Zivilgesellschaft mit generativer KI um? Was entsteht da? Welche Initiativen können wir als Bundesregierung auch fördern, um nicht nur das Wissen zu verbreitern, sondern auch aus der Gesellschaft heraus die Anwendbarkeit zu stärken?

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Das zweite Thema, was ich gerne ansprechen möchte, ist das Thema Beschäftigtendatenschutz. Wir haben vor einer Weile schon die Eckpunkte gesehen. Nichtsdestotrotz dauert es ein bisschen länger, ehe es in die parlamentarischen Verfahren hineinkommt. Können Sie noch einmal darauf eingehen, wo die besonderen Knackpunkte liegen und wann wir mit dem Gesetzentwurf rechnen können?

Ana Dujić (BMAS): Wir sind in den letzten Zügen der Vorarbeiten gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Innenressort, und wir gedenken, innerhalb der nächsten Tage ins Vorhaben-Clearing zu gehen und dann im Idealfall noch das Gesetz im Laufe des Jahres vorzulegen.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Sehr gut, das hören wir gerne. Die letzten 30 Sekunden würde ich gerne dafür verwerten, noch einmal auf das Thema der Öffnungsklausel für den Bereich Arbeit und Soziales und die AI-Verordnung einzugehen. Können Sie uns da ein kurzes Update geben?



Ana Dujić (BMAS): Die Öffnungsklausel für das Arbeitsrecht war schon seit Monaten Gegenstand der Weisungen der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist sich hier einig. Das hat auch nie zur Debatte gestanden. Wir nehmen wahr, dass das Europäische Parlament die Öffnungsklausel stützt. Die spanische Ratspräsidentschaft diskutiert das konstruktiv, und wir bringen uns da sehr aktiv in die Verhandlungen ein.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir kommen zur Unionsfraktion mit Marc Biadacz.

Abg. **Marc Biadacz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch für den Bericht. Ich habe das sehr genau beobachtet und will mich sehr kurz fassen. Ich beobachte das schon lange, da ich auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales bin und mir das 2018, als Sie gegründet worden sind, vor Ort angeschaut habe, damals noch mit Julia Borggräfe und dem Staatssekretär Björn Böhning. Die sind beide leider nicht mehr bei Ihnen im Haus, und 2022 ist dann Ihre Abteilung erst einmal wieder aufgelöst worden. Jetzt gibt es sie wieder neu und mich würde interessieren: Was hat sich seit dieser Neuordnung getan, beziehungsweise was sind Ihre sehr konkreten Aufgabenschwerpunkte? Sie haben schon einige genannt, aber vielleicht können Sie darüber hinaus noch ein paar nennen. Danke.

Ana Dujić (BMAS): Vielen Dank für die Frage. Um das vielleicht noch ein bisschen aufzulösen: Die Abteilung ist nicht aufgelöst worden. Die Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft ist als interministerieller Think Tank – genau wie Sie sagten – 2018 gegründet worden, und nachdem die aktuelle Bundesregierung sich in ihrem Koalitionsvertrag neben einem Fokus auf klimapolitische Fragen auch Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben hat, hat Bundesminister Heil entschieden, dass dieser Think Tank „thinktankig“ bleibt in allem, was die Arbeitsweise, die Agilität, die Interdisziplinarität betrifft, aber umgekehrt zu einer echten Abteilung auch mit Gesetzgebungskompetenzen aufgewertet wird. Entlang dieser Vorgabe fokussieren sich im Moment auch unsere Aufgaben. Das heißt, neben dem Beschäftigten datengesetz sind wir international beteiligt an den Verhandlungen zur KI-Verordnung. Wir sind federführend für die Verhandlungen der Plattform-

Richtlinie, sprich: gute Arbeit und Arbeitsbedingungen im Bereich der Plattform-Ökonomie. Darüber hinaus legen wir neben den gerade kurz geschilderten Programmen für die Befähigung von Beschäftigten auch den Fokus auf Maßnahmen für die Digitalisierung der Arbeits- und Sozialverwaltung. Der Bereich Arbeit und Soziales verfügt über einen der größten Unterbaue. Zu uns gehören rund 19 Behörden. Auch da wollen wir KI einsetzen. Wir sind die Stelle, die die Leitlinien entwickelt und auch das technologische Knowhow in die Prozesse einspeist.

Abg. **Marc Biadacz** (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage zum Schluss. Die können Sie auch schnell beantworten. Das hört sich alles nach einem großen Wasserkopf an. Ich hoffe, dass Sie trotzdem weiterhin agil und digital arbeiten. Vielleicht können Sie dazu schnell in den letzten 20 Sekunden sagen, ob Sie wirklich noch agil sind und die guten Ergebnisse erzielen, auf die wir alle warten.

Ana Dujić (BMAS): Ja, das sind wir. Sie sind auch alle sehr herzlich jederzeit zu uns eingeladen. Wir sind der einzige Co-working-Space der Bundesregierung, wo es auch so aussieht, wie es sich anhört. Wir sitzen in einem großen Raum zusammen. Wir haben nur drei Teams, die alle multidisziplinär, agil, disziplinübergreifend täglich arbeiten. Und wir haben keinen großen Wasserkopf. Eigentlich gar keinen.

Abg. **Marc Biadacz** (CDU/CSU): Wir würden die Einladung gerne annehmen, Frau Vorsitzende.

Die **Vorsitzende**: Das machen wir. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Maik Außendorf das Wort.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für den spannenden Bericht. Meine erste Frage ist zum Bereich KMU. Sie haben berichtet, dass Sie mit den KI-Studios auch Firmenbesuche machen. Wie sind die Erfahrungen mit der Akzeptanz, gerade bei KMU, und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Wo sehen Sie da auch für die Zukunft noch Herausforderungen oder neuere Angebote, die Sie machen, um speziell KMU anzusprechen?

Ana Dujić (BMAS): Bundesminister Heil hat den Startschuss für dieses Projekt am 12. September in München gegeben. Wir haben das feste Studio in München. Das Stuttgarter Studio wird im Januar



eröffnet, und das KI-Mobil ist seitdem unterwegs. Wir haben uns jetzt in den ersten drei Wochen – auch um die Bekanntheit des Programms zu steigern – erst einmal auf Multiplikatoren-Veranstaltungen fokussiert, wo wir Unternehmensleitungen und Betriebsräte angesprochen haben, und wir haben bereits rund 100 Anmeldungen für Besuche des Mobils. Ziel ist, bis Ende des nächsten Jahres mit 250 Veranstaltungen im Bundesgebiet rund 2.300 Unternehmen zu Besuch zu haben. Wir arbeiten hier insbesondere sehr eng mit den Kammern zusammen, auch den Zukunftszentren des BMAS, um tatsächlich nicht nur die Großen, die sich auch alle gemeldet haben, zu erreichen, sondern wir schauen sehr genau in die Fläche, um in den ländlichen Raum zu den Mittelständlern zu gehen. Deswegen auch das Mobil, damit wir diese Schwelle sehr senken und sich nicht alle auf den Weg nach München oder Stuttgart machen müssen. Sondern es gibt das Auto, und demnächst gibt es auch ein zweites, und dort kann man dann vorbeischaun.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr schön, dann hoffe ich, dass Sie auch einmal im Rheinisch-Bergischen Kreis zu Besuch sind. Dann würde ich mir das auch gerne live vor Ort anschauen. Zweite Frage zum Thema öffentliche Verwaltung: Da haben Sie auch Projekte. Gibt es da schon Erkenntnisse zur Handhabung der Daten? Womit wird trainiert? Vor allen Dingen: Wie wird sichergestellt, dass nicht Trainingsdaten aus Projekten in Drittstaaten, speziell in die USA, wo es andere Datenschutzstandards gibt, abfließen? Wie setzen Sie das um? Oder sind das dann auch Modelle, die Sie vor Ort implementieren? Spielt Open Source da auch eine Rolle?

Ana Dujić (BMAS): Wir haben uns sehr früh in der Arbeits- und Sozialverwaltung mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben seit letztem Jahr Leitlinien verabschiedet für den Einsatz von KI in der Arbeits- und Sozialverwaltung. Die sind in einem sehr umfassenden Prozess Bottom up mit allen Behörden erarbeitet worden und werden jetzt gerade noch in Echtzeit abgeglichen mit den laufenden Verhandlungen zur KI-Verordnung. Nach welchen Regeln darf KI eingesetzt werden? Wie müssen die Algorithmen gebaut sein? Welche Trainingsdaten werden genutzt? Wie müssen Schnittstellen innerhalb der Behörden organisiert sein?

Das ist bei uns alles festgelegt. Wir können gerne die Leitlinien, die öffentlich sind, auch dem Sekretariat noch einmal zur Verfügung stellen.

Die **Vorsitzende**: Das wäre wunderbar. Vielen Dank. Dann kommen wir zur FDP-Fraktion, Maximilian Mordhorst hat das Wort.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zum Anfang eine grundsätzliche Frage: Dass sich KI in der Arbeitswelt ausbreiten wird und insbesondere sehr schnell in der digitalen Arbeitswelt, ist eine Realität. Sehen Sie da eigentlich mehr Chancen oder mehr Risiken?

Ana Dujić (BMAS): Wir im BMAS und insbesondere bei uns im KI-Observatorium sehen da mehr Chancen. Wir glauben sehr an die Produktivitätseffekte, die durch Technologie entstehen können. Unser Minister hat mehrfach bewusst öffentlich gesagt, dass wir nicht daran glauben, dass KI unter dem Strich Arbeitsplätze vernichten wird. Im Gegenteil. Ich denke, es ist zu konstatieren, dass sich viele Tätigkeitsprofile, auch ganze Jobs, verändern werden, aber es werden nicht weniger Jobs werden, sondern eher mehr.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Das ist sehr schön zu hören, vor allem vor dem Hintergrund, dass es nach jeder technologischen Entwicklung seit Beginn der Industrialisierung eher mehr Jobs gab als weniger. Deswegen hatte mich interessiert, ob Sie auch so eine Angst teilen oder ob auch der Minister relativ zuversichtlich in die Zukunft blickt. Es geht um digitale Arbeitsgesellschaft generell. Ich mache einen klaren Schnitt – dahin, wo es nicht so gut läuft. Wir hatten nämlich im Ausschuss im April dieses Jahr eine große Debatte um Content-Moderatoren, also Leute, die bei Plattformbetreibern arbeiten oder nur mittelbar dort arbeiten, um teilweise schlimmste Bilder und Videos zu sehen, die dann von den sozialen Medien gelöscht werden müssen. Es gab da unterschiedliche Ansichten, auch international gibt es da große Probleme. Beschäftigen Sie sich eigentlich damit? Das war im Ausschuss schon ab und an relevant.

Ana Dujić (BMAS): Das haben wir auf dem Schirm, wir sind dazu auch mit unseren Kollegen in unserer Arbeitsschutzabteilung in Kontakt. Das betrifft weniger die Frage, wie funktionieren plattformgetriebene, datengetriebene Geschäftsmodelle, sondern aus unserer Sicht ist das eher ein



Thema des Arbeitsschutzes und der Fürsorgepflicht. Da kann ich gerne noch Details erfragen bei den Kolleginnen und Kollegen, die spezifisch mit dieser Frage befasst sind. Aber ja, das haben wir auf dem Schirm. Noch eine Ergänzung zu der Frage der Angst, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt verändern wird: Gerade da wir schon Forschung parat haben, kommunizieren wir sehr offensiv den Optimismus und auch den Glauben daran, dass Technologie tatsächlich den Arbeitsalltag und auch das individuelle Beschäftigungserlebnis besser machen kann.

Abg. **Maximilian Mordhorst** (FDP): Wunderbar, ganz vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für die AfD-Fraktion hat Herr Naujok das Wort.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Vielen Dank. Aus dem aktuellen MINT-Herbstreport des Instituts der deutschen Wirtschaft geht hervor, dass in den MINT-Berufen rund 300.000 Arbeitskräfte, Akademiker wie auch Facharbeiter, fehlen. Wird in der Denkfabrik nach Lösungsansätzen für dieses Problem gesucht, und wollen Sie dazu beitragen, die Attraktivität von MINT-Berufen zu steigern?

Ana Dujić (BMAS): Vielen Dank für die Frage. Ich gestehe, ich habe akustisch nicht alles verstanden, aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es um die Frage, dass Fachkräfte für den digitalen Bereich fehlen. Habe ich das richtig verstanden?

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Bei den MINT-Berufen.

Ana Dujić (BMAS): Alles klar. Wir hatten just heute Mittag – das ist jetzt ein bisschen ein Zufall – zu dieser Frage einen Austausch zum Beispiel mit der Plattform LinkedIn. Was wir zu der Frage von KI-Fachkräften sagen können, ist, dass wir im Moment mehr Zuzug haben als Wegzug. Nichtsdestotrotz ist die grundsätzliche Konstatierung richtig. Es ist im Moment eines der nachgefragtesten Profile, nicht nur was das spezifische Themenfeld der generativen KI betrifft, sondern Digitalisierung allgemein. Da haben wir zwar im internationalen Vergleich sogar eine relativ gute Ausgangsposition. Das verdanken wir vor allem auch unserer bisher sehr diversifizierten Wirtschaftsstruktur. Aber die gute Ausgangsposition, die wir im Moment noch haben im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern, ist kein Grund, sich darauf auszuruhen. Auch deswegen schauen wir

uns sehr genau an – auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesagentur für Arbeit –, wie konkrete Kompetenzprofile aussehen, wo werden die gefordert in konkreten Regionen, und da versuchen wir so eng wie möglich an die Unternehmen heranzukommen, um das Matching einfach zu optimieren.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Welchen Stellenwert geben Sie in der Denkfabrik dem Bereich Industrie 4.0 und wie wollen Sie die hierfür erforderlichen, hochqualifizierten Arbeitskräfte fördern?

Ana Dujić (BMAS): Das ganze Thema Industrie 4.0, was sehr nah an der Frage ist, wie datengetriebene Geschäftsmodelle in Zukunft Produktivität und Wertschöpfung verändern werden – auch schon in einem sehr kurzen Zyklus –, ist konstanter Fokus unserer Arbeit. Wir sprechen hierzu intensiv mit allen Vertreterinnen und Vertretern der Industrieverbände und speisen die Erkenntnisse direkt in die Arbeiten ein, nicht nur der Bundesagentur für Arbeit, sondern auch aller Qualifizierungsträger im Bundesgebiet.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für DIE LINKE. hat Anke Domscheit-Berg das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich glaube, ich bin gar nicht bei der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft, sondern bei der Denkfabrik KI. Irgendwie ist es alles KI. Mir ist auch auf der Webseite aufgefallen, von den sechs Themenschwerpunkten gibt es zum Schwerpunkt KI 17 Texte, zwei zur Macht und Kooperation und nur fünf zum Beschäftigtendatenschutz. Der aktuellste Text bei Macht und Kooperation ist vier Jahre alt, das heißt, von der alten GroKo. Beim Beschäftigtendatenschutz ist der aktuellste Text dreieinhalb Jahre alt, also auch von der GroKo. Da frage ich mich schon, ob manche Schwerpunkte so vernachlässigt werden, dass man von ihnen als Schwerpunkt gar nicht mehr sprechen kann. Wie verteilen sich denn die Ressourcen – die drei Teams – auf diese sechs Schwerpunkte, die Sie haben? Wie viel machen KI, wie viel machen alles andere?

Ana Dujić (BMAS): Wir haben ein Analyse-Team, das aber auch mit den Fragen der Befähigung von Unternehmen und Verwaltung befasst ist. Wir haben ein Regulierungsteam, das ist das Team D 2, was mit nationaler und internationaler Gesetzgebung und Rechtsrahmen beschäftigt ist, und



dann haben wir ein Team, das sich mit Outreach in Zivilgesellschaft beschäftigt. Die Teams sind ungefähr gleich groß. Die Tatsache, dass im Moment die gesamte Frage der Digitalisierung der Arbeitsgesellschaft nicht nur, aber dennoch vor allem von der Frage des Einsatzes von KI dominiert ist, führt angesichts der laufenden Verhandlungen im Moment dazu, dass dort ein Fokus liegt. Nichtsdestotrotz werden alle anderen Themenfelder weiterbearbeitet.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Das schlägt sich nicht auf der Webseite wieder, vielleicht wird da ein bisschen nachgeschrieben. Einer der sechs Schwerpunkt war, wie gesagt, auch die Plattform-Ökonomie, ein anderer ist Macht und Kooperation. Als Präsenzen der Denkfabrik in sozialen Medien gibt es aber nur X von Elon Musk und YouTube von Google. Wird man Sie bald auch auf BlueSky, Mastodon oder anderen Plattformen finden?

Ana Dujić (BMAS): Da richten wir uns entlang der Vorgaben unseres Ministeriums aus. Sobald das BMAS BlueSky ist, folgen wir dahin. Im Moment sind wir da, wo unser Haus präsent ist.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Im März 2021 wurden die ersten 25 KI-Projekte gefördert über diese Civic Coding-Initiative. Da gibt es viele gute Ideen: Übersetzungen, einfache Sprache, Formularausfüllhilfen für Wohnungslose, Sozialleistungsrechner et cetera. Diese Ideen habe ich schon tausendmal irgendwo gelesen. Die sind auch gut, aber was ist aus den 25 Projekten geworden? Wird

deren Schicksal monitort? Existiert eines davon inzwischen in der realen Praxis?

Ana Dujić (BMAS): Die ganze Logik von diesen Projekten ist, dass wir im ersten Schritt sehr niedrigschwellig den Ideen verhelfen wollen, zu wachsen. Bisher gibt es für diese Art Projekte in der Zivilgesellschaft keinen Ansprechpartner und keine staatliche Förderung.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Das habe ich gelesen. Ich finde das auch gut. Ich möchte nur wissen, ob Sie später darauf schauen, was daraus geworden ist.

Ana Dujić (BMAS): Ja, das tun wir.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Wo finde ich diese Informationen?

Die **Vorsitzende**: Es tut mir leid, ich muss leider unterbrechen, denn wir haben heute ein ganz enges Zeitkorsett. Ich bin heute ein bisschen hart, da alle schon zeitlich überzogen haben und wir Nachfolgetermine haben. Deshalb bitte ich um Verständnis und danke ganz herzlich für den Bericht. Ich denke, wir werden das auch weiter verfolgen, und wir werden sicherlich die ein oder andere Einladung entweder wahrnehmen oder auch noch einmal aussprechen. Ganz herzlichen Dank für die Flexibilität, heute an diesem turbulenten Tag auch noch so spät hier sein zu können. Ich danke allen Mitgliedern des Ausschusses und schließe damit den öffentlichen Teil.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tabea Rößner, MdB

Vorsitzende